

Das Ökumenische Zentrum hat folgende Petition mitunterzeichnet

Für eine friedliche Lösung des kurdischen Konflikts – keine Repression für die Akademikerinnen und Akademiker des Friedensaufrufs in der Türkei

Wir, Akademikerinnen und Akademiker an deutschen Universitäten und Hochschulen, sind erschrocken über die Entwicklungen in der Türkei, die bereits zahlreichen Zivilisten das Leben gekostet hat und kurdische Städte ähnlich wie in Syrien verwüstet.

Wir unterstützen den Aufruf /"Akademiker für den Frieden"/ unserer Kolleginnen und Kollegen, in dem diese die türkische Regierung auffordern, wieder an den Verhandlungstisch zurückzukehren und eine friedliche Lösung des Konflikts anzustreben.

Gleichzeitig erklären wir uns solidarisch mit den 1.128 Unterzeichnern von /"Akademiker für den Frieden"/, dem sich bereits weltbekannte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler wie Judith Butler und Noam Chomsky angeschlossen haben. Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner in der Türkei wurden von Präsident Erdoğan zu /"Vaterlandsverrätern" /erklärt und vom dortigen Hochschulrat (YÖK) zum Rücktritt aufgefordert. Die Justizbehörden haben bereits strafrechtliche Verfolgung aufgenommen, und die ersten Kolleginnen und Kollegen wurden entlassen.

Auch Sedat Peker – der über ein breites nationalistisches und kriminelles Netzwerk verfügt und wegen unterschiedlicher Delikte und der Bildung einer kriminellen Vereinigung bereits vor Jahren in der Türkei verurteilt wurde – ist heute wieder hoffähig. Er kann unbeschadet und folgenlos in der Öffentlichkeit drohen, dass er /"ihr Blut literweise fließen"/ lassen werde, um /"darin zu baden"./ Dass die türkischen Behörden gegen solche Einschüchterungen und Drohungen der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler nicht vorgehen, ist unfassbar.

Es ist die Aufgabe von Wissenschaft, sich für ein friedliches Zusammenleben einzusetzen und Friedenslösungen aufzuzeigen. Wissenschaft dient auch zur Völkerverständigung. Solange der Krieg gegen das kurdische Volk anhält, die Opposition dagegen mundtot gemacht wird, die Medien eingeschüchert und die Repressionen gegenüber Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler anhalten, wird uns – die wir auf die Freiheit von Forschung und Lehre verpflichtet sind – eine Zusammenarbeit mit den Universitäten in der Türkei unmöglich gemacht.

Wir fordern insbesondere auch die Vertreter der Bundesregierung und der Europäischen Union auf, sich bei jeder Gelegenheit für eine friedliche Lösung des Kurdenkonflikts einzusetzen, sich gegen Repressionen klar zu positionieren und für die Freiheit des wissenschaftlichen Denkens und der politischen Opposition einzusetzen, wenn sie sich auch weiterhin der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und der Europäischen Menschenrechtskonvention verpflichtet sehen.

Unterstützen Sie die Kolleginnen und Kollegen in der Türkei! Helfen Sie durch Ihre Unterschrift, den Aufruf mit zu verbreiten!

Prof. Dr. Christine Huth-Hildebrandt

Prof. Dr. Gazi Çağlar